Rigoroser Sparkurs mit pauschalen Kürzungen

Kreishaushalt 2007: Ohne die „Altlasten" beinahe ausgeglichen / Kreistag muss 13 mal abstimmen

Kreis Holzminden (rei). Ein höheres Steueraufkommen und die Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs in Niedersachsen bescheren dem Kreis Holzminden einen fast ausgeglichenen Haushaltsplan 2007 - wären da nicht die „Altlasten" der Vorjahre. Der Fehlbetrag aus 2005 sorgt diesmal für eine Deckungslücke von rund 15 Millionen Euro im Verwaltungshaushalt - und im nächsten Jahr muss dann das Fehl aus 2006 (noch einmal 15 Millionen) „abgearbeitet" werden. Diese Summen im Blick, fuhr die neue CDU/FDP/UWG-Mehrheit einen rigorosen Sparkurs und legte sogar in der Kreistagssitzung am Montag noch weitere Kürzungsvorschläge vor. Zusammen mit den acht Anträgen der Grünen-Fraktion mussten die Abgeordneten also 13 mal ihre Hand heben (oder nicht), bevor der Haushalt endgültig beschlossen war.

„Nur" noch 1,6 Millionen Euro betrug der so genannte strukturelle Fehlbetrag (ohne die „Altlasten") im Verwaltungshaushalt 2007 nach den Beratungen in den Fachausschüssen. Gut eine Million Euro war dort bereits eingespart (oder als Mehreinnahmen verbucht) worden. So soll eine pauschale zweiprozentige Kürzung die Personalkosten um 293.000 Euro verringern. Pauschal 100.000 Euro weniger sollen für die von Hartz IV betroffenen Bedarfsgemeinschaften ausgegeben werden. 170.000 Euro weniger „genehmigt" man für Projekte im Zusammenhang mit dem Demographischen Wandel. Eine Sachkostenreduzierung um 200.000 Euro und eine Mehreinnahme an Bußgeldern von 250.000 Euro machten das „Sparpaket" zunächst komplett.

Als „nicht akzeptabel" bezeichnete jedoch Andreas Pasewark für die SPD-Fraktion diesen Weg der Mehrheitsgruppe. Die genannten Einsparpotenziale seien weder solide noch seriös. Beispiel Personalkostenreduzierung: Schon jetzt fehlen der Verwaltung laut Realplan 2001 etliche Mitarbeiter - wenn hier weiter reduziert würde, könne das nicht funktionieren. Als falsche und fatale Entscheidung bezeichnete Pasewark die Streichungen beim Demographischen Wandel, mit der die Mehrheit letzlich „den erfolgreichen Landrat" schwächen wolle. Schöngefärbt und überzogen nannte der SPD-Politiker die höheren Bußgeldeinnahmen, und pauschale Kürzungen bei den Hartz-IV-Empfängern seien schon rechtlich gar nicht möglich.

Eberhard Asche führte noch einmal die prekäre Finanzlage des Kreises an und betonte, dass die Streichung der 170.000 Euro für den Demographischen Wandel mit der Verwaltung abgesprochen seien. Asche legte dann im Namen der Mehrheitsgruppe noch weitere Kürzungsvorschläge zur Abstimmung vor. Zusätzlich zu den oben bereits genannten Sparmaßnahmen forderte er: Weitere 80.000 Euro minus bei den Sachkosten, 50.000 Euro weniger für die Kreisvolkshochschule (also 200.000 statt 250.000 Euro) und die Verschiebung des Einsatzleitwagen-Kaufs für die Feuerwehr um ein Jahr. Andererseits sollten 33.000 Euro zusätzlich für „einzelbetriebliche Förderungen" in den Etat eingesetzt werden. Natürlich stießen auch diese Punkte nicht auf ungeteilte Gegenliebe. Dr. Wolfgang Bönig und Uwe König zeigten im Namen der SPD absolut kein Verständnis für die KVHS-Kürzungen, ihr Fraktionskollege Andreas Fischer warnte vor der Verzögerung beim Einsatzleitwagen.

Doch es nützte alles nichts. CDU, FDP und UWG drückten die zusätzlichen Änderungen mit ihrer Stimmenmehrheit durch. Dagegen wurden sämtliche von den Grünen eingebrachten Änderungsanträge abgelehnt. Im Einzelnen ging es dabei um: Erhalt des alten Personaletats; Erhalt der Agenda-21-Stelle; Verbesserung des Ansatz für Musikschulen (29.500 statt 27.800); Erhalt des Zuschusses an die KVHS; keine Kürzungen bei Hartz IV; Zuschuss an die Freien Wohlfahrtsverbände 19.000 Euro (statt 15.000); Ansatz von 60.000 Euro für die Mensa Bodenwerder; keine Querspange für die Umgehung Eschershausen (Wegfall der 60.000 Euro dafür). Der gesamte Haushalt 2007 wurde schließlich mit den Stimmen der Mehrheitsgruppe verabschiedet, Landrat Waske enthielt sich, seine SPD-Genossen und die Grünen stimmten dagegen.